



Niederschrift 30. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 29.06.2017
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:30 Uhr
Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr David Kolesnyk	SPD	Sitzungsleitung
---------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	bis 18:45 Uhr
Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	
Herr Björn Karl	CDU/ANW	ab 16:55 Uhr
Herr René Kulke	DIE aNDERE	
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Katja Altenburg	anerkannte freie Träger	ab 18:45 Uhr
Herr Matthias Kaiser	CDU/ANW	ab 16:55 Uhr
Frau Ute Parthum	anerkannter freier Träger	
Herr Claus Wartenberg	SPD	

beratende Mitglieder

Frau Anja Mischur	Polizeiinspektion Potsdam	ab 16:35 Uhr
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	
Herr Reinhold Tölke	Jugendamtsleiter	
Frau Wiebke Kahl	Kita-Elternbeirat	

Beigeordneter

Herr Mike Schubert	Geschäftsbereich 3	17:00 bis 18:40 Uhr
--------------------	--------------------	---------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Friederike Harnisch	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Helga Hübner	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Nico Marquardt	SPD	entschuldigt

beratende Mitglieder

Herr Lutz Boede	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Dr. Kristina Böhm	Öffentl. Gesundheitsdienst	entschuldigt
Frau Rita Franke	Amtsgericht Potsdam	entschuldigt
Frau Sylvia Frenzel	Kreiselterrat	entschuldigt
Frau Jasmin Gründer	Kreisschülerrat	nicht entschuldigt
Frau Solveig Hannemann	Agentur für Arbeit Potsdam	entschuldigt
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt	entschuldigt
Frau Lisa Kabitzke	Jugendvertretung	nicht entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsporbund	nicht entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik	Gleichstellungsbeauftragte	nicht entschuldigt
Herr Borys Zilberman	Jüdische Gemeinde	nicht entschuldigt

Gäste:

Frau Anja Spiegel	Agentur für Arbeit Potsdam
Frau Kerstin Elsaßer	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Sabine Reisenweber	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 01.06.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Informationen des Jugendamtes
- 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 5 Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates
- 6 Situation Fachkräfte im Erzieherbereich
- 7 Vorstellung der Arbeit der AG Kinderschutz der Region 2
- 8 Halbjahresbericht Haushalt 2017
- 9 Finanzielle Unterstützung von Flüchtlingskindern in Kindertagesbetreuung
- 10 Wahl eines Mitglieds der AG`s nach § 78 SGB VIII in den Unterausschuss

- 11 Aufnahme eines Vertreters des Vereins der Muslime in Potsdam e.V. als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss
- 12 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 12.1 Fehlende Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld
Vorlage: 17/SVV/0165
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
JHA (ff)
- 12.2 Jugendfreizeiteinrichtungen im Bornstedter Feld
Vorlage: 17/SVV/0447
Fraktion DIE LINKE
- 12.3 Kiez-Kita-Programm des Landes Brandenburg
Vorlage: 17/SVV/0474
Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD
- 12.4 Richtlinie zur Umsetzung der Verbesserung der Betreuungsqualität in Kindertagesstätten in der Landeshauptstadt Potsdam in den Jahren 2017 bis 2019 (Umsetzung haushaltsbegleitender Beschluss 16/SVV/0801)
Vorlage: 17/SVV/0484
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 13 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 01.06.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 12 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk stellt die Niederschrift vom 01.06.2017 zur Abstimmung. Die Niederschrift vom wird mehrheitlich bestätigt.

Herr Kolesnyk informiert, dass der Tagesordnungspunkt 7 „Vorstellung der Arbeit der AG Kinderschutz der Region 2“ auf Wunsch der AG Kinderschutz zurückgestellt wird.

Er weist darauf hin, dass allen Ausschussmitgliedern eine Nachtragstagesordnung mit der Ergänzung um den TOP 11 „Aufnahme eines

Vertreters des Vereins der Muslime in Potsdam e.V. als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss“ zugeschickt wurde.

Die Tagesordnungspunkte 12.1 und 12.2 „Jugendfreizeiteinrichtung Bornstedter Feld, TOP 6 „Situation Fachkräfte im Erzieherbereich“ und 8 „Halbjahresbericht Haushalt 2017“ sollen vorgezogen und im Anschluss an TOP 3 „Informationen des Jugendamtes“ behandelt werden, da Herr Schubert die Sitzung aufgrund eines anderen Termins vorzeitig verlassen muss.

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung. Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

zu 3 **Informationen des Jugendamtes**

Frau Elsaßer erklärt, dass **frühe Hilfen** grundsätzlich auf verschiedenen Ebenen dazu beitragen müssen, die Befähigung zur Teilhabe von Kindern mit Auffälligkeiten oder Behinderungen und ihren Familien zu stärken und zu unterstützen. Das kann nur gelingen, wenn interdisziplinär gearbeitet wird. Inbegriffen sind auch hier Kinder aus Flüchtlingsfamilien, sofern eine Arbeit vor Ort in den Kita Standorten eine Herausforderung darstellt.

Die Begleitung von Kindern mit Auffälligkeiten und Behinderungen in Kindertagesbetreuung benötigt eine sehr gute Vernetzung und transparente sowie funktionierende Kooperationsprozesse. Dauerhafte Strukturen im Frühfördergesamtsystem müssen optimiert werden.

Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, der Fachbereich Gesundheit und Soziales, die Überregionale Arbeitsstelle Frühförderung, die AG nach § 78 SGB VIII, die Kassenärztliche Vereinigung, der Kita-Elternbeirat und temporär weitere Akteure arbeiten mit Hilfe einer externen Begleitung durch das Bundesprogramm „Qualität vor Ort“ zusammen und erarbeiten bis Mitte des folgenden Jahres Verfahrenswege / Abläufe / Strukturen für die Verwaltung, freie Träger, Kita-Standorte und Eltern. Ziel ist auch, aktuelle Kooperationsstrukturen auf Praktikabilität zu prüfen und ggf. anzupassen.

Das Vorhaben ist ein wichtiges Projekt im Rahmen der Schwerpunktsetzung für eine bessere Betreuungsqualität in Potsdamer Kitas.

Frau Elsaßer verweist auf die **Wirkungsanalyse zur Elternbeitragssatzung**. Das Ergebnis sollte dem Jugendhilfeausschuss im September 2017 vorgelegt werden. Frau Elsaßer teilt mit, dass dieser Termin nicht zu halten ist. Die Leistung wurde extern vergeben, da dies durch die Verwaltung nicht leistbar ist. Das Ergebnis soll der Verwaltung im September vorliegen und wird dann ausgewertet. Die Vorstellung im Jugendhilfeausschuss kann dann erst im November 2017 erfolgen.

Herr Liebe fragt, welche Zahlengrundlage genutzt wird.

Frau Elsaßer schlägt vor, dass in der AG nach § 78 SGB VIII Kita die Leistungsbeschreibung besprochen wird.

Frau Elsaßer informiert, dass mit dem **Rechtsgutachten** die Luther Rechtsanwalts-gesellschaft mbH beauftragt wurde. Der Prüfprozess ist sehr tiefgründig und hat deshalb etwas länger gedauert als geplant. Der Entwurf des Rechtsgutachtens soll dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie in der 27. Kalenderwoche 2017 vorgelegt werden. In der JHA-Sitzung nach der Sommerpause kann das Ergebnis vorgestellt werden.

Herr Schubert stellt mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation die aktuelle Kita-Planung vor.

Er weist darauf hin, dass für die Errichtung der Kita in Fahrland zusätzlich 1 Mio. EUR im Haushalt 2017 benötigt werden.

In der Kita in der Golmer Chaussee musste die Kapazität aufgrund von Anwohnerbeschwerden um 50 Plätze reduziert werden.

Für die Errichtung der Kita Am Havelblick laufen derzeit die Verhandlungen.

Für die Kita auf Hermannswerder laufen die Verhandlungen zur Refinanzierung. Die Platzkapazität konnte nachträglich erhöht werden.

Die Präsentation wird als Anlage zum Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Kahl verweist auf den Planungsansatz und fragt, warum die Planung so vorsichtig vorgenommen wird.

Herr Schubert erklärt, dass es seit 2016 extreme Zuwächse gab. Hier musste die Planung angepasst werden.

Auf Nachfrage teilt er mit, dass es derzeit keine Klagen auf Zurverfügungstellung eines Kita-Platzes wegen nicht erfülltem Rechtsanspruch gibt.

Frau Kahl verweist auf den Kita-Flyer, der aus dem Jahr 2016 ist und angepasst werden müsste.

Frau Elsaßer teilt mit, dass ein überarbeiteter Flyer auf dem Weg ist.

Herr Liebe weist darauf hin, dass die Planung aufgrund der finanziellen Zwänge durch den Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen erfolgt sind. Er bittet um eine rechtzeitige Information, wenn dies wieder so erfolgt.

Herr Schubert macht deutlich, dass derzeit intensiv daran gearbeitet wird, eine Lösung zu finden. Dies kann nur im verfügbaren finanziellen Rahmen erfolgen. Der Wachstumseffekt der Landeshauptstadt Potsdam bringt große Herausforderungen mit sich.

Herr Kulke fragt, wie viele Kitas eine Sondererlaubnis für Aufnahme von mehr Kindern durch Reduzierung von Flächen pro Kind.

Herr Schubert weist darauf hin, dass dies dezidiert in jedem Bedarfsplan dargestellt ist.

Herr Wollenberg spricht die Bevölkerungsprognose an und weist darauf hin, dass die Stadt seit Jahren eine niedrigere Prognose als das Land hat. Auch die Prognose des Landes liegt unter der Realität. Er bittet, die Prognose entsprechend anzupassen.

Herr Schmolke bittet, in der September-Sitzung des Jugendhilfeausschusses Informationen zur Normenkontrollklage zu geben.

Herr Schubert erklärt, dass es bisher keine neuen Erkenntnisse gibt, wenn ja, wird informiert.

Herr Weyh weist darauf hin, dass in Fahrland im 3. Quartal 2018 eine Kita eröffnet werden soll. Er fragt, wie das Ausschreibungsverfahren erfolgt.

Herr Schubert erklärt, dass man sich hier erst in der Raumplanung befinde. Eine Ausschreibung kann derzeit noch nicht erfolgen.

Herr Tölke teilt mit, dass die **Kita in der Max-Born-Straße** zum 01.07.2017 unter bestimmten Voraussetzungen für eine Teilnutzung freigegeben werden kann. Somit kann die Kita des IB mit 45 Plätzen ab 01.08.2017 starten.

Herr Kulke bittet um Information zum Stand des **PLuS-Programms**.

Herr Tölke informiert, dass alle Verträge zum 30.06.2017 verschickt werden. Es wird davon ausgegangen, dass die Verträge dann unterzeichnet zurück geschickt werden. Das Budget in Höhe von 300.000 EUR ist komplett ausgeschöpft.

Herr Kulke fragt, ob die Stelle, die die Anträge bearbeitet, bereits besetzt ist.

Frau Reisenweber erklärt, dass die Auswahlgespräche am 20.07.2017 geführt werden und dann schnellstmöglich die Besetzung der Stellen erfolgen soll. Es haben 25 Schulen mit insgesamt 52 Trägern Anträge gestellt. Das Budget ist voll ausgeschöpft. Es wurden dabei auch Anträge berücksichtigt, die nicht ganz fristgerecht eingegangen sind.

Herr Kulke bittet, dass am 07.09.2017 im Jugendhilfeausschuss dazu ein Bericht gegeben wird.

Frau Reisenweber sagt dies zu.

Herr Schubert informiert, dass es in der letzten Woche Gespräche mit Kita-Trägern zum Thema **Betreuungsschlüssel** gab. Bei ihm sind Schreiben von Personalräten von zwei großen Trägergesellschaften eingegangen, mit denen er sich zum Gespräch treffen wird.

zu 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Herr Liebe informiert, dass der **Unterausschuss** am 20.06.2017 getagt und sich mit der Planung der Klausur des Jugendhilfeausschusses befasst hat. Die Klausur soll am 11.11.2017 von 10:00 bis 15:00 Uhr stattfinden. Der Ort steht noch nicht fest.

Herr Liebe teilt mit, dass Frau Schmidt-Fuchs die Stellungnahme der Liga der Wohlfahrtsverbände von Potsdam und Potsdam-Mittelmark zur Novellierung des Kita-Gesetzes zur Verfügung gestellt hat. Die Stellungnahme der Liga sollte zunächst in der AG Kita beraten werden.

Des Weiteren hat sich der Unterausschuss zur zweiten Stufe der Sozialraumevaluierung verständigt. Steuerungsgruppe für die Sozialraumevaluierung soll der Unterausschuss sein.

Abschließend informiert Herr Liebe, dass Anträge von Trägern zur nach § 75 SGB VIII eingegangen sind.

In der nächsten Sitzung wird sich der Unterausschuss mit der Bedarfsplanung für Jugendförderung und der Sozialraumevaluierung befassen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Liebe, die Sozialraumevaluierung von Seiten des Unterausschusses verbindlich ist. Der Termin ist jedoch abhängig von Frau Dr. Beer, soll aber noch 2017 beginnen und 2018 abgeschlossen werden. Die Ergebnisse sollen in die neue Jugendhilfeplanung einfließen.

Herr Weyh informiert, dass sich die **Regionale Jugendhilfe AG 1** zu den Jugendfreizeiteinrichtungen im Bornstedter Feld verständigt hat. Die AG bittet, zukünftig eingebunden zu werden, wenn die Arbeitsgruppen zu den Jugendfreizeiteinrichtungen im Bornstedter Feld tagen.

zu 5 Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates

Frau Kahl berichtet, dass am 20.06.2017 die ordentliche Mitgliederversammlung stattgefunden hat, auf der die Geschäftsordnung verabschiedet wurde. Des Weiteren wurde die Vertretung für das Landeselternngremium, das im Herbst gewählt wird, benannt. Frau Kahl wird Potsdam in dem Gremium vertreten. Frau Kahl teilt mit, dass die AG Betreuungsqualität getagt hat. Die AG Elternbeiträge wartet auf eine Antwort aus dem Jugendamt auf ihr Schreiben.

Herr Schubert erklärt, dass ein Anhörungsverfahren gestartet ist.

Herr Liebe verweist auf die Diskussionen zu Abschaffung der Elternbeiträge und weist darauf hin, dass bisher die Qualität in den Einrichtungen Vorrang hat. Er fragt, wie dies der Elternbeirat in Potsdam sieht.

Frau Kahl teilt mit, dass es hierzu innerhalb des Kita-Elternbeirates unterschiedliche Meinungen gibt. Grundsätzlich wird zugestimmt, dass der Fokus auf der Betreuungsqualität sein muss. Sie betont, dass die Elternbeiträge familienfreundlich bemessen sein sollten.

zu 6 Situation Fachkräfte im Erzieherbereich

Frau Spiegel (Agentur für Arbeit) macht deutlich, dass zur Deckung des Bedarfs an Kita-Plätzen auch die entsprechenden Erzieher erforderlich sind. Sie weist darauf hin, dass es derzeit ca. 30 offene Stellen für Erzieher in Kindertagesstätten gibt. Derzeit gibt es keine verfügbaren Erzieherinnen und Erzieher auf dem Arbeitsmarkt. Sie teilt mit, dass auch gezielt männliche Erzieher angesprochen und Bewerber mit Migrationshintergrund angesprochen werden, um eine Bewerbervielfalt im Erzieherbereich zu erreichen.

Sie stellt die folgenden drei möglichen Qualifizierungswege im Rahmen der beruflichen Weiterbildung vor und erläutert diese:

- Reguläre Teilzeitausbildung für die Arbeitsfelder Kindertagesbetreuung, Hilfen zur Erziehung, Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit
- Tätigkeitsbegleitende Qualifizierung für das Arbeitsfeld Kindertagesbetreuung
- Förderung zur Vorbereitung der Nichtschülerprüfung

Frau Spiegel betont, dass es aufgrund der Arbeitsmarktsituation kaum Möglichkeiten über den Seiteneinstieg gibt. Es gibt außerdem nur wenige junge Menschen, die in der Altenpflege oder im Kita-Bereich tätig sein wollen.

Abschließend teilt sie mit, dass die derzeit für den Arbeitsmarkt verfügbaren Personen überwiegend keinen Berufsabschluss haben.

Herr Schubert betont, dass ähnlich wie im Bereich der Pflege darüber nachgedacht werden muss, wie Ausbildungsplätze unterhalb des examinierten Abschlusses geschaffen werden können, um kurzfristig die Bedarfe decken zu können. Die Diskussion muss in allen Punkten geführt werden.

Frau Kahl fragt, ob der Erzieherberuf zum Mangelberuf erklärt werden kann.

Frau Spiegel teilt mit, dass dies möglicherweise eine Variante wäre, aber nicht die Lösung aller Probleme darstellt.

Frau Frehse-Sevran weist darauf hin, dass es auch im Bereich der Hilfen zur Erziehung Personalprobleme gibt.

Herr Tölke teilt mit, dass die Thematik auch auf Landesebene beraten werden sollte. Es sollte temporär und befristet eine Lösung gefunden werden. Problematisch ist, dass die Arbeitskräfte nicht vorhanden sind.

Herr Schubert verweist auf die sehr positive Arbeitslosenquote von Mai 2017. Diese hat sich mit Sicherheit im Juni nicht wesentlich verändert.

Frau Frehse-Sevran hält das Risiko für sehr hoch, mit weniger qualifizierten Kräften zu arbeiten. Es sollte geprüft werden, ob flexibel geeignete Personen eingesetzt werden können unter Begleitung von Fachkräften und paralleler Ausbildung.

Herr Liebe erinnert daran, dass es früher Erziehungshelferinnen gab, die unterstützend in den Einrichtungen tätig waren. Auch dies wäre eine Lösung.

Herr Tölke macht deutlich, dass die Landeshauptstadt Potsdam das Problem nicht lösen kann, sondern dass hier auch besonders das Land gefragt ist.

zu 7 Vorstellung der Arbeit der AG Kinderschutz der Region 2

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

zu 8 Halbjahresbericht Haushalt 2017

Herr Schubert erklärt, dass die heutige Information zum Haushalt 2017 lediglich eine Zwischeninformation zur Finanzsituation des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie sein soll.

Herr Tölke erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die dargestellte Gegenüberstellung der Plan-Ist-Prognose. Er teilt mit, dass der Haushalt um 10 Mio. EUR bereinigt worden ist. Grund dafür ist der Rückgang der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA) in den letzten Monaten.

Ab jetzt wird nicht mehr mit 360 sondern mit 120 umA geplant. Der Haushalt wurde um die entsprechende Summe gekürzt.

Anschließend geht Herr Tölke auf die Entwicklung der Fallzahlen in den Bereichen Kita, Hilfen zur Erziehung sowie Jugendförderung näher ein und gibt Erläuterungen.

Abschließend teilt er mit, dass Potsdam-Mittelmark ebenfalls umA in der Potsdamer Clearingstelle unterbringen möchte.

Die Präsentation wird als Anlage zum Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Ströber fragt zu Auslastung der Plätze bei den Hilfen zur Erziehung, die prognostisch sinken wird. Er bittet darum nachzudenken, diese Plätze für die

umA zu behalten und nicht zu reduzieren.

Herr Tölke erklärt, dass keine Plätze für Hilfen nach § 41 SGB VIII abgebaut werden. Die freien Plätze in den Potsdamer Einrichtungen werden auch durch auswärtige Jugendämter belegt.

zu 9 Finanzielle Unterstützung von Flüchtlingskindern in Kindertagesbetreuung

Frau Dr. Müller erklärt, dass Anträge auf weitere Förderung über die 12 Monate hinaus abgelehnt wurden mit dem Hinweis, dass die Förderung für ein Jahr erfolgt. Für sie ist nicht nachvollziehbar, warum die Ablehnung erfolgt ist, da es keine Kriterien gibt, nach denen man sich richten könne. Vom Fachbereich Kinder, Jugend und Familie wird darauf verwiesen, dass im Fachbereich Soziales und Gesundheit ein Antrag auf Einzelfallhilfe gestellt werden müsse. Dieser wird aber auch abgelehnt. Auch für die Kita-Träger ist dies nicht nachvollziehbar.

Herr Tölke beantwortet die Fragen von Frau Dr. Müller, die sie schriftlich bei der Verwaltung eingereicht hat.

Er weist darauf hin, dass die Beschlüsse für 2015 und 2016 bei der Zweckbindung wortgleich „Einsatz der Mittel für zusätzlichen Aufwand bei der Betreuung von Flüchtlingskindern“ lauten.

Die Pauschale hatte dabei vor allem den Zweck, den erhöhten Aufwand bei der Integration der Kinder in den Kita-Alltag abzufedern. Allen Beteiligten der kurzzeitig ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe ging es vor allem um die Bewältigung der Herausforderungen auf Seiten der Leitung und der Erzieher/innen im Umgang mit den Kindern und Eltern. Folglich wurde die Pauschale auf maximal 12 Monate begrenzt.

Dabei war der Arbeitsgruppe ebenso bewusst, dass diese schnelle und unbürokratische Entscheidung für die Pauschale den Trägern auch Freiräume geben sollte, ganz speziell ihre Herausforderungen in den Jahren 2015 und 2016 meistern zu können.

Werden von Erzieher/innen Verhaltensauffälligkeiten festgestellt, können nur die Eltern einen Antrag auf Eingliederungshilfe beim Fachbereich Soziales und Gesundheit stellen.

Den Eltern bzw. Vormündern ist zu raten, sich bei einer Frühförderstelle beraten zu lassen. Der Umfang der Leistungen bemisst sich nach dem festgestellten individuellen Hilfebedarf. Die Leistung an sich wird in den meisten Fällen in Form einer ambulanten oder einer integrativen Frühförderung erbracht. Darüber hinaus erfolgt bereits dort eine erste Diagnostik für Kinder bis zur Einschulung, da die Hilfe als Komplexleistung angeboten wird. Darüber hinausgehende bzw. abweichende Bedarfe sind im jeweiligen Antrag zu formulieren und im konkreten Einzelfall zu bewerten.

Es besteht die Möglichkeit die Hilfe eines Dolmetschers und eines Sozialarbeiters in Anspruch zu nehmen. Nach Einschätzung der Familiensituation kann dann über Hilfen zur Erziehung bzw. familienunterstützende Maßnahmen entschieden werden.

Um die Zusammenarbeit der einzelnen Fachbereiche transparenter und effektiver zu gestalten, hat sich die Arbeitsgruppe „Qualität vor Ort“ gebildet, die im Rahmen des Bundesprojektes Modellkommune eine Rahmenkonzeption erarbeitet, wie Prozesse für Kinder mit besonderen Bedarfen zügig und zielgerichtet unterstützt werden können.

Herr Tölke schlägt vor, dass die Eltern der Kinder, die ab 2017 eine Kita besuchen, in 2018 einen Antrag auf Weitergewährung der Förderung stellen können, wenn dies aus Sicht der Einrichtungen erforderlich ist.

Herr Otto fragt, wie die Eltern beraten werden und ob es die Anträge mehrsprachig gibt. Des Weiteren fragt er, ob mehrsprachige Flyer zur Verfügung stehen.

Er weist darauf hin, dass man Hilfen nur beantragen kann, wenn man diese versteht.

Frau Dr. Müller fragt, ob es Kriterien für die Bewilligung oder die Ablehnung der Förderung gibt.

Frau Elsaßer erklärt, dass die Förderung ab 2017 geöffnet wurde, um ein vereinfachtes Verfahren zu ermöglichen.

Sie erklärt, dass die Beratung über die Kitas und die Gemeinschaftsunterkünfte erfolgt. Es gibt nur ein Kriterium, nämlich die Antragstellung durch die Eltern. Die Tatsache, dass der Antrag auf Eingliederungshilfe beim Fachbereich Soziales und Gesundheit oder auf Hilfen zur Erziehung beim Fachbereich Kinder, Jugend und Familie 35 eingegangen ist, ist die Grundlage für die weitere Finanzierung.

zu 10 Wahl eines Mitglieds der AG`s nach § 78 SGB VIII in den Unterausschuss

Herr Kolesnyk teilt mit, dass es einen Vorschlag für die Wahl eines Mitgliedes der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII in den Unterausschuss gibt. Für die Vertretung im Unterausschuss Herr Jörn Kurth. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung über die Wahl von Herrn Kurth als Vertreter der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII in den Unterausschuss.

Herr Kurth wird einstimmig in den Unterausschuss gewählt.

zu 11 Aufnahme eines Vertreters des Vereins der Muslime in Potsdam e.V. als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass gemäß § 4 Abs. 4 der Satzung des Jugendamtes der Landeshauptstadt Potsdam in den Jugendhilfeausschuss zusätzlich bis zu 2 Vertreter von im Zuständigkeitsbereich ansässigen Religionsgemeinschaften zu beratenden Mitgliedern bestimmt werden können.

Er bittet um Abstimmung darüber, dass der Verein der Muslime in Potsdam e.V. ein beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss entsenden darf.

Der Entsendung eines beratenden Mitgliedes durch den der Muslime in Potsdam e.V. als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss durch den Verein der Muslime in Potsdam e.V. wird **einstimmig zugestimmt**.

zu 12 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 12.1 Fehlende Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld
Vorlage: 17/SVV/0165

Fraktion Bürgerbündnis-FDP

Herr Schubert informiert, dass am 04.07.2017 eine Sondersitzung des Hauptausschuss stattfinden soll, um das Thema Biosphäre zum Abschluss zu bringen. Er verweist auf die Mitteilungsvorlage der Verwaltung für die StVV am 05.07.2017 zur Standortprüfung für Jugendfreizeiteinrichtungen im Bornstedter Feld und bittet zu überlegen, ob auf die Entscheidung zur Biosphäre abgewartet werden oder der bisherige Plan verfolgt werden soll.

Herr Otto erinnert daran, dass die Biosphäre seit ca. 5 Jahren als Entschuldigungsgrund gilt, um keine Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld zu errichten.

Frau Dr. Müller plädiert dafür, den besprochenen Arbeitsstand beizubehalten. Sie betont, dass es nicht am Entwicklungsträger liegt, dass die Entscheidung immer wieder verschoben wird. Jetzt muss die Stadtverordnetenversammlung entscheiden. Der vorliegende Antrag ist deshalb nicht mehr nötig. Angesichts des Arbeitsstandes sollte der Antrag als gegenstandslos betrachtet werden.

Mit dem Antrag 17/SVV/0447 (TOP 12.2) soll nicht festgelegt werden, dass das RibbeckEck saniert wird. Gegenstand des Antrages ist, Klarheit zu schaffen, ob das Ribbeckeck saniert werden soll. Es sollte im September im Jugendhilfeausschuss über den Arbeitsstand berichtet werden, um dies dem RibbeckEck mitteilen zu können.

Herr Karl spricht sich dafür aus, den Arbeitsstand zu bewahren. Er plädiert dafür, sich die Zeit von 3 Monaten zu nehmen und jetzt keinen Beschluss zu fassen. Er schlägt vor, das Ergebnis aus dem Hauptausschuss am 04.07.2017 abzuwarten.

Herr Schmolke kann dem Vorschlag von Frau Dr. Müller folgen. Der Jugendhilfeausschuss sollte sich für die beiden Alternativen entscheiden.

Herr Schubert berichtet aus der Stadtteilkonferenz im Bornstedter Feld, bei der es den Wunsch gab, die Biosphäre zu erhalten. In drei Monaten kann entschieden werden, welche Möglichkeit favorisiert werden soll. Danach wird es noch Jahre dauern, bis eine neue Nutzung möglich ist.

Er betont, dass es genügend andere soziale Bedarfe und Notwendigkeiten gibt, die in der Biosphäre untergebracht werden könnten.

Herr Harder regt an, dass der Jugendhilfeausschuss in das Gutachten einsehen sollte.

Herr Schubert teilt mit, dass es am 06.07.2017 einen Termin mit dem Träger und dem Gutachter gibt, um dies zu plausibilisieren.

Herr Harder berichtet, dass er sich als Vertreter des Jugendhilfeausschusses in der Arbeitsgruppe vor Ort die Gegebenheiten angesehen hat. Alle Beteiligten waren sich einig, dass die Jugendeinrichtungen kommen müssen.

Er schlägt vor, im September einen Tagesordnungspunkt zur Rolle der Biosphäre im Stadtteil aufzunehmen, um sich damit auseinandersetzen zu können.

Er möchte, dass eine Beteiligung bei der Errichtung der Jugendfreizeiteinrichtungen bereits ab der Planungsphase realisiert wird. Dies wurde vom Entwicklungsträger so zugesagt.

Herr Kulke betont, dass es vorrangig um die fehlende Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld geht. Er kritisiert, dass bisher keine Kostenaufstellung zur Sanierung des RibbeckEcks vorliegt. Er bittet, weiter darauf zu drängen, dass an zwei Standorten im Bornstedter Feld Jugendfreizeiteinrichtungen errichtet werden.

Herr Kolesnyk betont, dass der Standort Georg-Herrmann-Allee weiter für die Errichtung einer Jugendfreizeiteinrichtung beibehalten werden soll. Der Antrag 17/SVV/0165 ist aus seiner Sicht durch Verwaltungshandeln erledigt. Im Antrag 17/SVV/0447 muss „Alternativen“ gestrichen werden.

Herr Wollenberg spricht sich dafür aus, die jetzt gefundene Lösung weiter zu verfolgen.

Herr Ströber spricht sich ebenfalls für die Ablehnung des Antrages 17/SVV/0165 aus. Dem Antrag 17/SVV/0447 kann er zustimmen, wenn „Alternativer“ gestrichen wird.

In der Septembersitzung des Jugendhilfeausschusses sollte darüber diskutiert werden, was als Nutzung für die Biosphäre möglich wäre, aber nicht mehr bezüglich eines Jugendklubs.

Nach einer kurzen Verständigung wird der Antrag 17/SVV/0165 **mehrheitlich für erledigt durch Verwaltungshandeln** erklärt.

zu 12.2 Jugendfreizeiteinrichtungen im Bornstedter Feld

Vorlage: 17/SVV/0447

Fraktion DIE LINKE

Herr Kolesnyk stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Nutzerinnen und Nutzern des Jugendclubs Ribbeckeck bis spätestens September 2017 Alternativen aufzuzeigen, wo, wie und wann der Bedarf an Jugendfreizeiteinrichtungen im Bornstedter Feld realisiert wird.

**Abstimmungsergebnis:
mehrheitliche Zustimmung**

zu 12.3 Kiez-Kita-Programm des Landes Brandenburg

Vorlage: 17/SVV/0474

Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD

Herr Kolesnyk bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass die Richtlinie bisher nicht bekannt ist. Auch geeignete Kitas festzustellen ist schwierig.

Herr Tölke erklärt, sobald die Förderrichtlinie einschließlich des Verfahrensweges vorliegt, alle Träger angeschrieben und gebeten werden, sich als Kiez-Kita zu bewerben, sofern sie die Voraussetzungen erfüllen. Er weist darauf hin, dass die

Förderrichtlinie wahrscheinlich für jeden öffentlichen Jugendhilfeträger in Brandenburg eine entsprechende Zahl von möglichen Einrichtungen vorsehen wird.

Herr Ströber weist darauf hin, dass es im Antrag keine Aussage zu den finanziellen Auswirkungen gibt.

Herr Wollenberg schlägt vor, den 1. Satz wie folgt zu ändern:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Kiez-Kita-Programm für Potsdam umzusetzen, und, sobald die Förderrichtlinie veröffentlicht ist, in Abstimmung mit den Trägern **alle Kitas in Potsdam zu identifizieren, die den Förderkriterien entsprechen.**

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Herr Kolesnyk den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Kiez-Kita-Programm für Potsdam umzusetzen, und, sobald die Förderrichtlinie veröffentlicht ist, in Abstimmung mit den Trägern ~~für Potsdam geeignete Kitas festzustellen~~ **alle Kitas in Potsdam zu identifizieren, die den Förderkriterien entsprechen.** Danach sollen der Landesregierung die infrage kommenden Kitas und ihr zusätzlicher Ausstattungsbedarf umgehend gemeldet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **14**

**zu 12.4 Richtlinie zur Umsetzung der Verbesserung der Betreuungsqualität in Kindertagesstätten in der Landeshauptstadt Potsdam in den Jahren 2017 bis 2019 (Umsetzung haushaltsbegleitender Beschluss 16/SVV/0801)
Vorlage: 17/SVV/0484**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Tölke bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Herr Wollenberg bringt folgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen:

Änderungsantrag DIE LINKE/SPD:

In § 1, Abs. 3 wird der 2. Satz wie folgt neu gefasst:

Das zur Verfügung stehende Budget wird durch die Anzahl aller im Jahresdurchschnitt von den Trägern in den Kindertagesstätten betreuten Kinder **mit einem festgestellten Rechtsanspruch auf eine Betreuungszeit von 10 Stunden und mehr** dividiert.

Herr Kolesnyk schlägt folgende Änderung vor: „... **mit einem festgestellten Rechtsanspruch auf eine Betreuungszeit über 8 Stunden** dividiert.“

Frau Elsaßer gibt zu bedenken, dass damit der Hort ausgegrenzt ist.

Herr Kolesnyk stellt den so geänderten Änderungsantrag zur Abstimmung.

Änderungsantrag DIE LINKE/SPD:

In § 1, Abs. 3 wird der 2. Satz wie folgt neu gefasst:

Das zur Verfügung stehende Budget wird durch die Anzahl aller im Jahresdurchschnitt von den Trägern in den Kindertagesstätten betreuten Kinder **mit einem festgestellten Rechtsanspruch auf eine Betreuungszeit über 8 Stunden** dividiert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14

Anschließend bittet er um Abstimmung über die so geänderte Drucksache.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Richtlinie zur Umsetzung der Verbesserung der Betreuungsqualität in Kindertagesstätten in der Landeshauptstadt Potsdam in den Jahren 2017 bis 2019 (Umsetzung haushaltsbegleitender Beschluss 16/SVV/0801) tritt mit Wirkung vom 01.09.2017 in Kraft.
2. Der kommunale Finanzierungsanteil in Höhe von 500.000,00 EUR im Jahr 2017 und 1.500.000,00 EUR jeweils in den Jahren 2018 und 2019 wird unabhängig von den Landeszuschüssen eingesetzt.
3. Die Richtlinie gilt für die Finanzierung von zusätzlichen sonstigen Personal- und Sachkosten für die pädagogische Arbeit, unabhängig von der Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie – KitaFR), mit dem Ziel der Verbesserung von Betreuungsqualität in Kindertagesstätten.
4. Die Richtlinie regelt eine freiwillige pauschale Finanzierung für die Verbesserung von Betreuungsqualität in Kindertagesstätten, die im Bedarfsplan der Landeshauptstadt Potsdam gemäß § 12 Abs. 3 KitaG ausgewiesen sind. Mit der freiwilligen Pauschalfinanzierung wird die Umsetzung der Aufgaben und Ziele nach § 3 KitaG unterstützt und primär, im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Möglichkeit der Randzeitenbetreuung verstärkt.

+ Änderung:

In § 1, Abs. 3 wird der 2. Satz wie folgt neu gefasst:

Das zur Verfügung stehende Budget wird durch die Anzahl aller im Jahresdurchschnitt von den Trägern in den Kindertagesstätten betreuten Kinder **mit einem festgestellten Rechtsanspruch auf eine Betreuungszeit über 8 Stunden** dividiert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14

zu 13 Sonstiges

Herr Kolesnyk spricht die Klausur des Jugendhilfeausschusses am 11.11.2017 an und teilt mit, dass es eine zur Reform des SGB VIII, zur Rolle des Jugendhilfeausschusses sowie zur Zukunft der Jugendarbeit geben soll. Der Unterausschuss hat sich darauf verständigt, die Klausur am 11.11.2017 von

10:00 Uhr bis 15:00 Uhr durchzuführen.

Frau Parthum weist darauf hin, dass am 09. und 10.11.17 der Brandenburger Jugendkongress stattfindet, auf dem viele JHA-Mitglieder stark eingebunden sind.

Herr Kolesnyk teilt mit, dass alternativ auch der 18.11.17 möglich wäre.

Nach einer kurzen Abstimmung verständigen sich alle auf die Durchführung der Klausur am 11.11.2017.

Herr Kolesnyk stellt dies zur Abstimmung. Dem wird mit großer Mehrheit zugestimmt.

Herr Kolesnyk schlägt vor, die für den 02.11.2017 geplante Sitzung des Jugendhilfeausschusses ausfallen zu lassen, da es am 12.10.2017 und dann wieder am 30.11.2017 eine Sitzung gibt.

Des Weiteren weist darauf hin, dass am 14.12.2017 die letzte Sitzung des Jahres stattfindet. Er bittet darüber nachzudenken, wo die Sitzung stattfinden kann.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 07. September 2017, 16:30 Uhr

David Kolesnyk
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin